

Klima, Krise, Krieg

Der Kapitalismus beruht auf der grenzenlosen Ausbeutung der Menschen und der Zerstörung der Natur. Er ist seit es ihn gibt die Krise in Permanenz. Die Entwicklung der weltweiten Kapitalverwertung hat zu einer Dramatik der Zerstörung der Natur und der Grenzenlosigkeit der menschlichen Ausbeutung geführt, die wir noch nie bzw. schon lange nicht mehr hatten. Sie erinnert mit ihren Verwerfungen an die Entstehungsphase des Kapitalismus, an die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, in der wie Karl Marx im ersten Band des Kapitals schrieb »Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle« spielen.¹ Wir erleben eine zunehmende weltweite soziale Krise mit Mord, Totschlag, Sklaverei und der völligen Vernutzung von Menschen bis zum Tod.

Die durch die kapitalistische Produktionsweise erzeugte Klimakatastrophe spitzt mit der dramatischen Naturzerstörung die Realität der dem Kapitalismus immanenten sozialen Krise und die Zerstörung der Existenzen von Menschen im Weltmaßstab zu durch immer mehr Hunger, Krankheit und Tod und treibt Millionen Menschen in die Flucht. Die kapitalistische Produktion verursacht durch den hemmungslosen Ausstoß von Treibhausgasen beim Verbrennen fossiler Energieträger die zunehmende Erderwärmung. Sie führt durch die Ausbreitung von Wüsten, Waldbränden, dem Abschmelzen von Gletschern und Eismassen zum Beispiel in Grönland, dem Anstieg des Meeresspiegels und einer dauerhaften Veränderung der klimatischen Bedingungen unter anderem durch die Abschwächung des Golfstroms und die Verlangsamung der allgemeinen Westwindzirkulation einschließlich des Jetstreams weltweit dazu, dass die Natur in der Form, wie wir sie heute kennen, zum Teil unrückholbar zerstört wird. Damit schlägt die Zerstörungskraft der kapitalistischen Produktion mit der zunehmenden Quantität für Mensch und Natur in eine neue zerstörerische Qualität um. Es stellt sich die Frage, welche Teile der Natur überhaupt nutzbar bleiben für die Menschen und welche als Lebensgrundlage für die Menschen verloren gehen.

Ökonomische Interessen sind die Triebfeder der imperialistischen Strategien von Staat und Kapital. Die durch den Zwang zur Profitmaximierung bedingte Ausweitung der Produktion im Kapitalismus macht es für das Kapital notwendig, sich immer neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte und mögliche Produktionsstandorte zu erschließen. Dazu gehören auch Kriege, in denen ökonomisch und oder strategisch wichtige Gebiete erobert werden, um die materielle Machtbasis zu stärken. Die Motive, einen Krieg zu beginnen, können sich auch aus dem ideologischen Überbau ableiten, mit irrationalen Großmachtansprüchen und Behauptungen, anderen Ländern und Kulturen überlegen zu sein. Diese werden mit Wertvorstellungen, die sich gegen potenzielle Gegner*innen richten, gerechtfertigt. Hinzu kommen Kriege aus irrationalen Motiven in Form von Konflikten zwischen verschiedenen Ethnien. Dabei werden kulturelle Unterschiede zu scheinbar unüberbrückbaren und unveränderlichen Wesensmerkmalen der verschieden geprägten Menschen verallgemeinert.

Andererseits sind Kriege riskant, weil ihr Ausgang und eine langfristige Unterstützung des Krieges durch die Bevölkerung ungewiss sind, und sie kosten den ideellen Gesamtkapitalisten, den Staat, viel Geld. Imperialistische Staaten sind zudem so hochgerüstet, dass in der Regel eine direkte kriegerische Auseinandersetzung zwischen ihnen keine aussichtsreiche

Option darstellt. Beim Angriff auf Nachbarländer besteht die Gefahr, dass es auch im eigenen Land zu großen Zerstörungen kommt.

Die besondere Ausbeutung anderer, insbesondere unterentwickelt gehaltener Länder der kapitalistischen Peripherie, gelingt den imperialistischen Blöcken seit dem zweiten Weltkrieg in der Regel besser durch die ökonomische Durchdringung. Nach dem Ende des Kolonialismus konnten die kapitalistischen Zentren so die Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse verstetigen. Weil ihnen die industrielle Basis fehlt, müssen die Länder der kapitalistischen Peripherie Rohstoffe zu niedrigen Preisen exportieren, während sie industrielle Produkte teuer aus den kapitalistischen Zentren importieren müssen.

Die innerimperialistische Konkurrenz ist ohne den Kampf um die Hegemonie spezifischer ökonomischer Interessen nicht denkbar. Um diesen Interessen eine Form zu verleihen, die auch von den Lohnabhängigen mitgetragen wird, setzen die ideellen Gesamtkapitalisten und bestimmte Kapitalfraktionen, die z. B. besonders aggressiv sind im Kampf um den Zugriff auf Rohstoffe, immer auch auf den Nationalismus als Bindeglied zwischen Staat und Kapital auf der einen und der Klasse der Lohnabhängigen auf der anderen Seite.

Krieg ist auch eine Folge des Nationalismus und gehört zu den selbstverständlichen Mitteln, um kapitalistische Verwertungsinteressen durchzusetzen. Die Besonderheit des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ist, dass mit ihm der Krieg erstmals wieder in den engeren Erfahrungsbereich der Bevölkerung in Deutschland gerückt ist.

Die drei sich überlagernden Krisen Corona-Pandemie, die Klimakatastrophe und die mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängende Energiekrise verstärken die im Kapitalismus strukturell angelegte Krise. Viele Menschen leiden nach wie vor stark unter den Folgen der Pandemie, haben ihren Arbeitsplatz verloren. Menschen, deren freie Tätigkeiten zum Beispiel im Journalismus und in der Kultur vom ideellen Gesamtkapitalisten nicht als systemrelevant anerkannt werden, bekamen keine oder keine ausreichende Unterstützung zur Überbrückung der Corona-Zeit, in der sie keine Einkünfte hatten. Die Kosten für einen klimaverträglichen Umbau der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion wälzt das Kapital, das für die Schäden verantwortlich ist, mit Hilfe des ideellen Gesamtkapitalisten, des Staates, soweit wie möglich auf die Lohnabhängigen ab. Die durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine enorm gestiegenen Energiepreise treiben die Verarmung von Teilen der Bevölkerung noch schneller voran. Der Import von billigem Pipelinegas aus Russland, das in EU-Europa auf Kosten des Klimas zur gesellschaftlichen Integration der Mittelschicht und der unteren Schichten beigetragen hat, und den kapitalistischen Verwertungsprozess profitabel laufen ließ, fällt weg. Zukunftsängste bestimmen das Leben der Klasse der Lohnabhängigen. Die explodierenden Energiepreise heizen die Inflation an, das Leben wird für viele Lohnabhängigen und Menschen, die bereits zuvor sozial abgehängt waren, unbezahlbar. Auch zwei oder drei Jobs reichen nicht mehr aus, um ohne Hunger und Not leben zu können. Durch die jahrelange Zerschlagung von Teilen der sozialen Sicherungssysteme ist auch die Gesundheitsversorgung für die gesetzlich Versicherten ruiniert. Selbst die relativ starke IG Metall akzeptierte bei ihren Verhandlungen 2022 einen Tarifabschluss, der nicht einmal die Hälfte der Inflation ausgleicht.

Immer mehr Menschen auch aus der Mittelschicht sind zum demütigenden Gang zu den sogenannten Tafeln gezwungen. Viele haben ihre Ressourcen, Rücklagen, die sie über Jahre für die Zukunft oder für das Alter gebildet haben, in kürzester Zeit aufgebraucht. Immer weniger Lohnabhängige haben Löhne mit Tarifverträgen. Etwa 20 Prozent der Lohnabhängigen in Deutschland arbeiten im Niedriglohnsektor, so viel wie in fast keinem anderen Land in

Europa.² Mehr als zwei Millionen Menschen sind gezwungen die »Tafeln« zu nutzen, weil sie die Preise in den Supermärkten nicht bezahlen können.³ Mit den ehrenamtlich organisierten Läden dieses Almosensystems kann noch verhindert werden, dass Menschen verhungern. Aber in der Krise gerät auch dieses inzwischen gesellschaftlich etablierte Almosensystem an seine Grenzen und die Tafeln müssen immer öfter Menschen mit leeren Händen wegschicken.

Der Staat, der ideelle Gesamtkapitalist, hat sich mit der Einführung von Hartz IV durch die SPD/Grünen-Bundesregierung am 1. Januar 2005 aus seiner Aufgabe verabschiedet, eine menschenwürdige Versorgung der Menschen, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, zu gewährleisten. Das neue Bürgergeld der SPD/Grünen/FDP-Bundesregierung stellt noch nicht mal einen Inflationsausgleich für die vergangenen Jahre dar, in keiner Weise wird es der aktuellen Inflationsrate gerecht. Unter dem Strich müssen die Menschen, die Bürgergeld beziehen, mit noch weniger Geld auskommen. Das System des sozialen Terrors, in dem Menschen mit Hartz IV-Bezug bestraft werden, wenn sie sich gegenüber den sogenannten Jobcentern nicht wohlverhalten, bleibt beim Bürgergeld weitgehend unangetastet. Hartz IV wird unter neuem Namen, Bürgergeld, fortgesetzt.

Weltweit wurde durch die Corona-Pandemie das ganze kapitalistisch organisierte Gefüge des Weltmarkts aus dem Lot gebracht, Lieferketten brachen ab, die Just-in-Time-Produktion geriet ins Stocken oder wird ganz unterbrochen. Die Verfügbarkeit billiger Waren für die Menschen in den Zentren wird durch die zunehmenden internationalen Krisen dauerhaft in Frage gestellt. Die zugunsten der Menschen in den kapitalistischen Zentren eingerichtete internationale Arbeitsteilung funktioniert nicht mehr, wenn die Lieferketten zusammenbrechen, weil die Regierungen der Lieferländer Corona-Lockdowns verhängen.

Die Produktion von Waren mit billigen Arbeitskräften im Ausland sollte dauerhaft den billigen Massenkonsum im Inland garantieren. Der Konsum ist die Freiheit, die die Herrschenden den Lohnabhängigen in den kapitalistischen Zentren versprechen, wenn sie arbeiten und nicht rebellieren. Aber die Produktion steht still, wenn die Zulieferung industrieller Komponenten, die in den kapitalistischen Zentren selbst nicht mehr hergestellt werden, ausbleibt.

Angesichts dieser Erfahrungen der Corona-Pandemie wird sich sehr wahrscheinlich der Weltmarkt grundlegend verändern. Das Kapital wird unbedingt notwendige Bauteile zunehmend wieder innerhalb der kapitalistischen Zentren produzieren lassen. Damit nimmt die Profitmasse ab und die Möglichkeiten, Menschen zu integrieren und eine von ihnen bezahlbare gesellschaftliche Infrastruktur wie zum Beispiel Schwimmbäder bereit zu stellen, werden weniger. Für immer mehr staatliche Leistungen werden Gebühren oder höhere Gebühren verlangt.

Auch durch die Klimakatastrophe werden sich die weltweiten Verflechtungen verändern. Bislang sicher geglaubte Produktionsstandorte in der kapitalistischen Peripherie sind durch die zunehmenden Wetterkatastrophen besonders bedroht. So steigt das Risiko, dass Investitionen durch wetterbedingte Zerstörungen verloren gehen. Dadurch wird der Kapitalexpert für die Konzerne aus den kapitalistischen Zentren weniger lukrativ.

In den Beziehungen der kapitalistischen Zentren zu der kapitalistischen Peripherie war für sie der offene Weltmarkt oberstes Prinzip. Nun gibt es eine Tendenz dazu, Abhängigkeiten und Risiken zu verringern, indem die Märkte weniger offen gestaltet oder abgeschottet werden.

Auch dadurch, dass China nicht mehr als Teil der billigen Lieferkette gesehen werden kann, sondern sich selbst zu einem kapitalistischen Zentrum entwickelt hat, das zum Teil in scharfer Konkurrenz zu den bisherigen kapitalistischen Zentren, insbesondere zu den USA und EU-Europa agiert, führt dazu, dass das Konsumniveau breiter Schichten in diesen im letzten Jahrhundert etablierten kapitalistischen Zentren schrumpfen wird.

Ein Beispiel, ausgelagerte Produktionsstufen ins Inland zurückzuholen, ist die geplante Chipproduktion des Infineon-Konzerns in Deutschland, die von der EU mit mehreren Milliarden Euro Steuergeldern gefördert werden soll. Weltweit wurden 2020 etwa 1.000 Milliarden Mikrochips hergestellt. Aus Europa kamen davon nur etwa zehn Prozent. Die EU will diesen Anteil verdoppeln und dafür bis 2030 insgesamt etwa 43 Milliarden Euro bereitstellen um die Produktion im kapitalistischen Zentrum für die Konzerne, die bereit sind, das damit verbundene Risiko einzugehen, profitabel zu machen.⁴ Trotz der staatlichen Förderung wird die heimische Chipproduktion teurer sein, als es bisher der Import der Chips aus Asien war. Die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Produkten der Unterhaltungs- und Telekommunikationselektronik wird in der bisher gewohnten Größenordnung nicht zu halten sein. Das wird das Konsumniveau insgesamt senken und für viele Menschen einen Wohlstandsverlust bedeuten.

Die eh schon problematische Situation durch den Ukrainekrieg und die steigenden Preise werden zu einer Belastungsprobe für den institutionalisierten Klassenkompromiss. Der von Staat, Kapital und Arbeit getragene Klassenkompromiss deckelte den Klassenkampf von unten und hielt ihn in für das Kapital erträglichen Grenzen durch eine abgestufte Beteiligung der Lohnabhängigen an der von ihnen geschaffenen Wertmasse. Staat und Kapital werden bei der Unterdrückung jedes möglichen Widerstands zunehmend mit den Mitteln des autoritären Staates reagieren, der sich auf dem Weg in den Polizeistaat auf Abruf befindet.

Teilen der Mittelschicht in den kapitalistischen Zentren drohen Einschränkungen der Lebensqualität und Verarmung, wie sie für Menschen in Afrika oder der kapitalistischen Peripherie in Europa und an den Rändern EU-Europas schon länger das Leben bestimmt. In Teilen Afrikas hat die nicht zuletzt durch die kapitalistische internationale Arbeitsteilung mitverursachte Hungerkrise ein katastrophales Ausmaß. Weil unter anderem die Getreidelieferungen aus der Ukraine nicht stattfinden konnten ist sie so groß, dass Menschen zusammengepfercht in Lagern, in die sie geflohen sind, weil die Klimakatastrophe ihre eigene landwirtschaftliche Grundlage zerstört hat, einfach verhungern. Kapitalismus ist eine Wirtschaftsweise, in der Zerstörung schon immer zum Alltag gehörte. In der kapitalistischen Peripherie entzogen Großkonzerne durch die Landnahme und kapitalistische Inwertsetzung fruchtbarer Böden vielen Menschen ihre Lebensgrundlage.

Krieg ist grundsätzlich Ausdruck wirtschaftlicher Interessen, die mit Ansprüchen aus dem ideologischen Überbau vermittelt sind. Kriege zu führen ist nicht nur ein spezifisches imperialistisches Interesse der Supermacht USA wie manche antiimperialistische Linke glauben. Die antagonistischen Interessen sind im kapitalistischen Konkurrieren um einen möglichst großen Anteil an der gesamten weltweit produzierten Wertmasse begründet. Auch andere imperialistische Akteure wollen ihren Anteil haben und ordnen sich nicht einfach der Hegemonie des kapitalistischen Zentrums USA unter. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist ein Beispiel dafür, dass irrationale Interessen, wie Stärke, Macht und Größe zu besitzen, sich aus dem abstrakten ökonomischen Interesse ableiten und sich dabei verselbstständigen können. Putin führt den Krieg gegen die Ukraine, obwohl es weder in Russland noch in der Ukraine die materielle Grundlage einer modernen industriellen Basis gibt, aus der heraus der Eroberungskrieg ein ökonomischer Erfolg werden könnte. Aber der

durch den Krieg mobilisierte Patriotismus kompensiert bei großen Teilen der russischen Bevölkerung die Wahrnehmung, dass sie gerade dabei sind zu verarmen.

Alle kapitalistischen Zentren verfolgen imperialistische Strategien, auch EU-Europa. Jetzt handelt die Atommacht Russische Föderation aggressiv kriegerisch und will Grenzen verändern und Regionen wieder einnehmen, die in der vermeintlich glorreichen Vergangenheit zum zaristischen Reich oder zur Sowjetunion gehörten.

Darüber hinaus gibt es in der russischen Regierung unter der Führung Wladimir Putins und bei den sie unterstützenden nationalistischen Großkapitalist*innen irrationale Großmachtträume entsprechend der u. a. von Alexander Dugin verbreiteten Vision einer Eurasischen Union unter der Führung Russlands. Sie soll in Richtung Westen weit über die Grenzen des heutigen Russlands hinausreichen.

Die brachiale Beherrschung der Menschen in Russland durch einen Polizeistaat wird von den Massen nur geduldet, solange sie einigermaßen mit den lebensnotwendigen Waren versorgt sind. Im Moment droht die staatliche Hegemonie ausgehöhlt zu werden, weil die russische Regierung eine sichere Versorgung der Bevölkerung nicht einmal mehr in den Zentren Moskau und Leningrad gewährleisten kann. In so einer zugespitzt krisenhaften Situation kann der Krieg nach außen der Kitt sein, der die Herrschenden und die Beherrschten im Inneren zusammenhält.

Bisher war es eher die Weltmacht USA, mehr oder weniger gemeinsam mit anderen kapitalistischen Zentren, die sich das Recht herausnahmen, mit Subversion und oder Krieg Grenzen zu verändern und Systemwechsel zu provozieren oder zu erzwingen.

Ein Krieg wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht aus dem Interesse einer einzelnen Macht heraus erklärbar, sondern aus dem imperialistischen Gefüge der internationalen ökonomischen Konkurrenz.

Russland, das immer noch Atommacht ist, will die Diskrepanz, den Widerspruch zwischen dem realen ökonomischen Abstieg und dem Anspruch, Weltmacht zu sein, kompensieren durch seine Expansion nach Westen bzw. wieder in die nach dem Ende des Kalten Kriegs verlorengegangenen Gebiete hinein.

EU-Europa und die USA wollen ihren Einfluss nach Osten ausbauen und haben das nach dem Ende des Kalten Krieges offensiv betrieben. Ständige EU-Ost-Erweiterungen um die Staaten des ehemaligen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und die aggressive gegen die Russische Föderation gerichtete NATO-Osterweiterung sind wesentliche Strategien dabei.

Jedes imperialistische Zentrum hat seine ökonomischen Hinterhöfe mit ausbeutbaren Ressourcen und billigen Arbeitskräften und beansprucht diese auch für sich mit Worten, Attentaten und geheimdienstlichen oder militärischen Interventionen. Die Sowjetunion hatte diesen Hinterhof mit den ihr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zugestandenen Gebieten wie Osteuropa. Den Verlust dieser Einflussphären will die regierende Clique um Putin rückgängig machen, auch mit Kriegen. Der Hinterhof der USA sind Teile der Karibik, Mittel- und Lateinamerika.

Die sogenannten Farbenrevolutionen, die die USA in ehemaligen Ländern der Sowjetunion zum Teil offen, zum Teil verdeckt unterstützt und vorangetrieben haben, dienen vordergrün-

dig der Durchsetzung von bürgerlicher Demokratie und damit verbundenen Menschenrechten. In Wirklichkeit wurden damit die Versuche eingeleitet, diese Länder schrittweise in den eigenen Machtbereich einzugliedern und als Einflusszone für die kapitalistischen Zentren EU-Europa und die USA zu sichern. Im Inneren wurden die sogenannten Farbenrevolutionen in Nachfolgestaaten der Sowjetunion von Bewegungen getragen, die nach Wahlen entstanden, in denen sich die bisherigen Machthaber zu Siegern erklärten, und die von der Opposition als gefälscht angesehen wurden. Sie mussten auf Grund des Drucks der Massen auf den Straßen und Plätzen wiederholt werden. In der Regel wurden die Bewegungen von westlichen Geheimdiensten unterstützt.*⁵ Das historische Vorbild war die Bewegung gegen Slobodan Milošević im Jahr 2000 in Serbien-Montenegro. Erfolgreich im Sinn von durchgesetzten Regierungswechseln waren die Rosenrevolution in Georgien 2003, die Orange Revolution in der Ukraine 2004 und die Tulpenrevolution in Kirgistan 2005. In Belarus scheiterte eine Farbenrevolution 2006, weil die Opposition zu zerstritten war, um die Unterstützung der sozialen Bewegung für sich nutzen zu können.

In der Ukraine selbst war die Bevölkerung seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion schon immer gespalten in der Frage, ob der Einfluss Russlands oder der der USA und EU-Europas stärker sein sollte.

Innenpolitisch bestimmte die Frage, ob sich die Ukraine mehr an den kapitalistischen Zentren EU-Europa und den USA orientieren sollten oder an der Kooperation mit der Russischen Föderation sehr stark die Auseinandersetzung und war ein bestimmender Faktor bei den Präsidentschaftswahlen.

2004 kam es zur sogenannten orangenen Revolution in der Ukraine, nachdem die Anhänger*innen des westlich orientierten Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko dessen offizielle Wahlniederlage gegen den offen von der russischen Regierung unterstützten Wiktor Janukowytsch nicht anerkannten. Sie waren der Ansicht, dass es zu einer massiven Wahlfälschung gekommen war. Nach der durch die Proteste erzwungenen Wiederholung der Wahl im Dezember 2004 wurde dann Juschtschenko Anfang Januar 2005 von der Wahlkommission zum Wahlsieger erklärt. Am 20. Januar 2005 bestätigte das Oberste Gericht der Ukraine seinen Wahlsieg und Juschtschenko war von 2005 bis 2010 Präsident. Die Ukrainer*innen sind auch regional gespalten, was die Frage der Positionierung in der innerimperialistischen Konkurrenz angeht. Im Osten und Süden der Ukraine befürworten mehr Menschen eine Anbindung an die Russische Föderation als im Rest der Ukraine. 2010 wurde Wiktor Janukowytsch zum Präsidenten gewählt, weil sich die Mehrheitsverhältnisse zu seinen Gunsten verschoben hatten.

Nachdem Wiktor Janukowytsch ein Assoziierungsabkommen mit dem kapitalistischen Zentrum EU-Europa blockierte, weil er und das Kabinett um Ministerpräsident Mykola Asarow die von der EU diktierten Bedingungen nicht akzeptierten, kam es zwischen Ende November 2013 und Februar 2014 zu den sogenannten Maidan-Massenprotesten. An ihnen waren auch faschistische Kräfte beteiligt, die im Anschluss daran an Einfluss gewannen. Im Wesentlichen strebte die stark von westlich orientierten NGOs getragene Protestbewegung eine Anbindung an EU-Europa bzw. die USA an. Wiktor Janukowytsch wurde gestürzt und der Großkapitalist Petro Poroschenko zum Präsidenten gewählt.

Der Status quo des aus der Zeit des Kalten Krieges eingefrorenen Konflikts zwischen den Atomgroßmächten wurde bislang insbesondere durch die USA und die von ihr unterstützten Farbenrevolutionen in Frage gestellt. Auch die Protestbewegung auf dem Maidan in der Ukraine lag im Interesse der USA.

Die jahrelange und zunehmende Einflussnahme der USA und EU-Europas in der Ukraine bildeten auch vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung die willkommene Grundlage für die russische Regierung um mit ihren völkischen Ambitionen in die Offensive zu gehen. Sie griff zum aus der Sicht des russischen Nationalismus letzten Mittel, um den Prozess der politökonomischen Niederlagen noch umzukehren, und begann den Krieg.

Der Krieg in der Ukraine erzeugt die Energiekrise insbesondere im kapitalistischen Zentrum EU-Europa, das abhängig ist von russischem Gas und Öl. Die durch den Krieg enorm gestiegenen Energiepreise sind stark beteiligt an der Zunahme der Inflation. Sie stehen wie die Klimakatastrophe und die Auswirkungen der Corona-Pandemie in der Kontinuität der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus.

Schon vor dem Krieg hatte die Inflation die Tendenz, den Institutionen des ideellen Gesamtkapitalisten in den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa außer Kontrolle zu geraten. Jetzt ist keine Möglichkeit mehr in Sicht, sie kurz- oder mittelfristig effektiv zu senken. Die Hauptgründe für die Inflation sind die steigenden Energiepreise, steigende Nahrungsmittelpreise und die Teuerung bei Industrieprodukten. Insbesondere bei Waren, deren Produktion einen hohen Energiebedarf hat, bei chemischen Erzeugnissen zum Beispiel mit hohem Öl oder Gasanteil sind die Preise massiv gestiegen. Hinzu kommt die überdurchschnittliche Teuerung von Produkten, bei denen es Lieferengpässe gibt, weil in der Corona-Pandemie internationale Lieferketten unterbrochen wurden.

Die Energiekrise ist Teil der sozialen Krise, weil sie die materielle Existenzen von Millionen Menschen bedroht. Ein Teil des Elends kann von Deutschland in die kapitalistische Peripherie verschoben werden wie es sich in Krisen zuvor bewährt hat. Den anderen Teil muss der ideelle Gesamtkapitalist, der Staat, mit Hilfsmaßnahmen im eigenen Land abfedern.

Hinzu kommen Appelle an die Bevölkerung. Die Unterstützung des Krieges dient als Rechtfertigung für die sozialen Härten, die die Menschen unerwartet traf und die sie auch mindestens in den nächsten Jahren ertragen müssen. Die Individuen sollen sich beschränken, vor allem Energie sparen, weniger heizen bzw. im Winter frieren, kalt oder gar nicht duschen usw. Eigentlich geht es dabei darum, dass die möglichst ungestörte Verwertung des deutschen Kapitals auch in dieser Krise garantiert ist. Das Kapital soll so wenig wie möglich belastet werden, die hohen Profite nicht gefährdet werden. Die Bundesregierung reizt im Interesse des Kapitals die Möglichkeiten, die Belastungen auf die Mehrheit der Menschen im Staatsgebiet abzuwälzen, bis zum Anschlag aus und schützt damit das Profitstreben der Bourgeoisieklasse.

Viele Menschen können die Rechnungen für die hohen Energiepreise und die Preise für die Grundnahrungsmittel nicht mehr bezahlen. Die Krise hat eine Dimension, die auch viele Menschen aus der Mittelschicht in ihrem täglichen Leben nicht mehr mit Einsparungen kompensieren können und die sie eigentlich auf die Straße treiben müsste. An sie gerichtet sind unter anderem Wirtschaftsminister Habecks Worte, in denen er Verzicht und spürbare Einschränkungen nicht nur rechtfertigt, sondern Leidensfähigkeit fordert aus Solidarität mit der Ukraine im Wirtschaftskrieg. Habeck sagt: »Wir werden ärmer werden«⁶ und meint damit die Klasse der Lohnabhängigen, die das hinnehmen soll. Die sozial Abgehängten aus der Unterschicht, die schon vor der Energiekrise unterhalb der Grenze eines gesunden Lebens waren, trifft die Krise besonders hart. Sie sind so mittellos und überfordert damit, überhaupt ihren Alltag zu bewältigen, dass sie gar nicht mehr in der Lage sind Widerstand zu leisten.

In der Mittelschicht allerdings können die meisten Menschen sich noch so einschränken, indem sie auf Konsum verzichten, der nicht überlebenswichtig ist. Sie sehen subjektiv noch keinen zwingenden Grund für ihre Interessen auf die Straße zu gehen. Für die untere Mittelschicht und die Unterschicht drängt zunehmend die Überlebensfrage in den Mittelpunkt.

Objektiv gesehen müssten die Menschen aus unterschiedlichen Gründen und aus verschiedenen Schichten sich zusammenschließen und auf die Straße gehen. Wenn schon nicht für die Abschaffung des Kapitalismus so doch wenigstens für eine Umverteilung, um die Auswirkungen der Krise erträglich zu machen.

Dass dies in Deutschland nicht geschieht, liegt auch daran, dass es in Deutschland nie eine bürgerliche Revolution gegeben hat, die ein demokratisches Selbstverständnis hätte begründen können, für grundlegende Rechte selbst zu kämpfen. In Deutschland war es 1918 die proletarische Revolution, die die bürgerliche Demokratie durchsetzen musste.

Auch im Anschluss daran hat sich in Deutschland aber nie eine umfassende Demokratie entwickelt. Der politische Streik war immer verboten. Das im Interesse des Kapitals zurecht gestutzte Streikrecht umfasste immer nur die Auseinandersetzung zwischen dem kapitalistischen Betrieben und den Lohnabhängigen um Löhne und Arbeitsbedingungen. So konnten die Lohnabhängigen keinen wirksamen Klassenkampf von unten aus den Betrieben heraus gegen Kapitalismus und autoritären Staat führen. Die große Mehrheit der Lohnabhängigen entwickelte auch kein Bewusstsein dafür, dass der Streik ein politisches Mittel des allgemeinen Klassenkampfes von unten sein kann. Dass die Lohnabhängigen nicht organisiert sind im Klassenkampf stärkt die Position der Rechtsradikalen. Sie haben es dann leichter, viele der vereinzelt Individuen für ihre unsolidarischen menschenfeindlichen Positionen zu gewinnen, indem sie die in der kapitalistischen Ausbeutung angelegte Konkurrenz der Lohnabhängigen ausnützen, um sie zu spalten und gegeneinander auszuspielen.

Weitere Ursachen für die fehlende Kampfkraft der Lohnabhängigen in Deutschland ist die fast vollständige Zerschlagung der organisierten Arbeiter*innenklasse durch den NS-Faschismus. Viele Aktivist*innen wurden ermordet, im Krieg getötet oder verließen das Land.

Hinzu kommt die kapitaltreue Rolle, die die deutsche Sozialdemokratie und in ihrem Gefolge die großen Gewerkschaften spielten. Nach dem zweiten Weltkrieg, in der Zeit des Kalten Krieges, wurden klassenkämpferischen kommunistische Arbeiter*innen auf Grundlage von Unvereinbarkeitsbeschlüssen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen.

Das führt zu der düsteren Prognose, dass die Menschen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab alles hinnehmen, was ihnen zugemutet wird. Sie können und werden keine solidarische Kampfkraft entwickeln, sondern nur versuchen, sich individuell durchzuschlagen. Staat und Kapital erreichen damit, dass die Konkurrenz der Lohnabhängigen untereinander einschließlich patriarchal-kapitalistischer Herrschaftsstrukturen und des zunehmenden Rassismus und Antisemitismus noch stärker wird.

Der Kampf darum, die Erderwärmung aufzuhalten, scheint im Moment verloren. Das im Pariser Abkommen von 2015 vereinbarte Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Niveau auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist schon unerreichbar geworden. Eine Begrenzung auf 2 Grad könnte noch gelingen. Aber die Atmosphäre wird sich, wenn nicht endlich grundlegende Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase ergriffen werden,

voraussichtlich um 2,5 bis 3 Grad erwärmen. Die Folgen können schon jetzt erahnt werden. Weltweit nehmen Wetterkatastrophen zu. Immer mehr Dürren, Überschwemmungen, Sturmfluten, Waldbrände und Starkregen bedrohen Mensch und Natur, die Infrastruktur und die Ernten. Wüsten breiten sich aus.

Über 3 Milliarden Menschen sind schon jetzt von der Klimakatastrophe existenziell bedroht. Die im Jahr 2022 gemessene Konzentration der klimaschädlichen Treibhausgase in der Erdatmosphäre ist so hoch wie nie. Weltweit nimmt der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase nicht ab, sondern von Jahr zu Jahr weiter zu.

Eine um 3 Grad wärmere Erde würde bedeuten, dass im Schnitt die Temperaturen an Land an vielen Orten, auch in Deutschland um 6 Grad steigen, denn der weltweite Mittelwert der Temperaturen bildet sich zu 70 Prozent aus Meerestemperaturen. Das ergibt lebensgefährliche Temperaturen, wenn es im Sommer heiß ist. Beim Abschmelzen der Polarkappen und des Grönlandeises ist ein Anstieg des Meeresspiegel von etwa 65 Metern zu erwarten. 3 Grad Erderwärmung bedeutet, dass der Meeresspiegel um etwa einen Meter pro Jahrhundert steigen wird. Das wird die Küstenregionen der Erde erodieren, Strände wegspülen, die Infrastruktur mit ständigen Sturmfluten bedrohen und dauerhafte Küstenstädte in der heutigen Form unmöglich machen. Diese 3 Grad wärmere Erde würde für die Menschen ein Leben sein mit chaotischen Wetterlagen, tödlichen Hitzewellen, verheerenden Stürmen, umkippenden Ökosystemen, massenhaftem Artensterben, brennenden und verdorrten Wäldern und anhaltenden verbreiteten Dürren, die weltweite Hungerkrisen auslösen.⁷

Die jährlichen Weltklimakonferenzen, 2022 die COP27 vom 6. bis 20. November in Sharm El Sheik in Ägypten, dienen nur der Beruhigung der Bevölkerung, der die Bedrohung immer dann bewusst wird, wenn die immer häufigeren Wetterkatastrophen ganze Landstriche verwüsten. Auf den Konferenzen werden Vereinbarungen getroffen und Versprechungen gemacht, von denen die Beteiligten wissen, dass sie sie nicht einhalten werden bzw. können, weil sie am Prinzip der kapitalistischen Verwertung und des damit verbundenen Zwangs zur Profitmaximierung nichts ändern. Die der tatsächlichen Entwicklung entgegenstehenden Absichtserklärungen sind Beschwichtigungen, gerichtet an die Bevölkerungen um Revolutionen oder Aufstände zu verhindern.

Der Staat ist der Staat des Kapitals und er schützt dessen Investitionen. Die Repression, mit der Klimaaktivist*innen verfolgt werden, ist so hart, weil Staat und Kapital noch weiter Profite machen wollen mit der kapitalistischen Verwertung der fossilen Energien. Die Herrschenden nehmen dafür die Erwärmung der Erdatmosphäre von mindestens 2, eher von 3 Grad in Kauf. Einen darüber hinausgehenden Versuch, die Erwärmung zu begrenzen, haben die Herrschenden bereits aufgegeben.

Die Auswirkungen werden sich für einzelne Länder unterschiedlich darstellen. Wetterkatastrophen treiben viele Länder der kapitalistischen Peripherie in eine Spirale von Wiederaufbau und erneuter Zerstörung. Die Küstenlinien von Hamburg bis New York hingegen werden erst später versinken. Der Hamburger Hafen wird zwar untergehen, aber insgesamt wird Deutschland nicht so betroffen sein wie zum Beispiel die Niederlande.

In der imperialistischen Konkurrenz sagen die Regierungen anderer Staaten wie zum Beispiel Russlands, uns interessiert es nicht, dass sich das Klima so dramatisch verändert. Denn durch die Klimakatastrophe wird der Zugriff möglich auf weitere fossile Ressourcen, die für die kapitalistische Verwertung erschlossen werden können, wenn die Erde wärmer wird,

Böden auftauen und die Arktis abschmilzt. Warum sollte innerhalb der imperialistischen Konkurrenz zum Beispiel die Regierung der Russischen Föderation, die zum Teil sogar Vorteile davon hat, wenn das Klima wärmer wird, darauf verzichten?

Teile der Herrschenden auch in Deutschland halten sich eine Zukunft der Energieversorgung als eine Atomzukunft offen. In Deutschland gibt es keinen wirklichen Atomausstieg, selbst wenn die letzten drei zurzeit noch laufenden AKWs Mitte April 2023 wie von der Bundesregierung behauptet, tatsächlich abgeschaltet werden sollten. Mit der Urananreicherungsanlage in Gronau und der Brennelementefabrik in Lingen ist Deutschland Teil der radioaktiven Infrastruktur und hält mit ihren Atomlieferungen in alle Welt die weltweite Atomspirale am Laufen. Hinzu kommt das ungelöste Problem des Atommülls. Neben der jahrtausendelangen Gefahr der radioaktiven Verstrahlung wird viel Energie verbraucht werden, um immer wieder die Lagerung der strahlenden Hinterlassenschaften neu zu organisieren und halbwegs abzusichern.

Der Irrweg der besonders mörderischen Destruktivkraft Atomenergie führt zu einer Verlangsamung der Bemühungen, der Klimakatastrohe entgegenzuwirken, weil dem Ausbau der erneuerbaren Energien dadurch Milliardenbeträge an Förderungsmöglichkeiten entzogen werden. Stattdessen werden Milliarden in die Atomfusionsforschung gesteckt, die das erneuerte unhaltbare Versprechen einer unbegrenzten Fülle von Atomenergie sein soll, mit der alle Zukunftsprobleme gelöst werden könnten. Die erneuerbaren Energien werden damit zu einer angeblichen Übergangstechnologie herabgestuft bis die Atomfusion funktioniert. Die deutsche SPD/Grüne/FDP-Bundesregierung preist ein Atomfusionsrekordexperiment, bei dem im Februar 2022 für 5 Sekunden ein Drittel der in das Experiment gesteckten Energie durch die Fusion von Deuterium mit dem radioaktiven Tritium herausgeholt werden konnte, als »Meilenstein auf dem Weg zu nachhaltiger Energie« und verharmlost die Gefahren der mit dieser Destruktivkraft verbundenen radioaktiven Verstrahlung.⁸

Die für die Atomfusion notwendige energiereiche Neutronenstrahlung verstrahlt das Innere des Reaktors. Sie macht den Reaktormantel spröde und radioaktiv, sodass dieser alle paar Jahre ausgewechselt und als hochradioaktiver Atommüll gelagert werden muss. So entsteht deutlich mehr hochradioaktiver Atommüll als bei einem Atomspaltungskraftwerk. Aufgrund der kürzeren Halbwertszeit des Atomfusionsmülls soll er nicht endgelagert werden, sondern etwa 100 Jahre abklingen. Um den Müll loszuwerden sollen die dann schwächer, aber noch immer strahlenden Materialien über das Recycling in den Stoffkreislauf zurückgegeben werden.

Im Betrieb geht die größte Gefahr der Atomfusion von radioaktivem Tritium aus, das nur mit großem technischen Aufwand im Reaktor zurückgehalten werden kann. Auch im Normalbetrieb werden wesentliche Mengen Tritium aus der Anlage entweichen, so dass die radioaktive Verstrahlung im sogenannten Normalbetrieb sogar höher als beim Atomspaltungskraftwerk wäre.

Der größte Unfall beim Atomfusionskraftwerk ist der Bruch einer Tritiumhauptleitung, der z.B. durch nicht beherrschte Plasma-Instabilitäten, Wandkontakt des Plasmas und anschließende Zerstörung des Reaktorgefäßes verursacht werden kann. Dabei können große Mengen des radioaktiven Tritiums in die Umwelt gelangen.

Atomfusionskraftwerke werden mit ihren hohen Leistungen zu großen Abwärmeproblemen und zu einer weiteren Zentralisierung der Stromversorgung führen. Die Komplexität der Anlagen macht sie stör- und sabotageanfällig und gefährdet die Versorgungssicherheit. Aus

ökonomischen Gründen gibt es auch die Idee, sogenannte Hybridreaktoren zu entwickeln. In ihnen soll neben der Atomfusion mit Hilfe schneller Neutronen das spaltbare Plutonium erbrütet werden. Das Plutonium soll anschließend eingesetzt werden, um Atomspaltungsergie zu erzeugen. Solche Anlagen stellen aufgrund des Plutoniuminventars und des dabei anfallenden Atommülls ein besonders großes Gefahrenpotenzial dar.

Die Nutzung der erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind und Wasser liegt nicht im Interesse der großen Energiekonzerne, da sie unabhängig von ihnen auch dezentral organisiert werden kann. Denn Windenergie-, Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen können Strom ohne industrielle Großanlagen der Konzerne produzieren und stellen eine unerwünschte Konkurrenz für diese Energiekonzerne dar.

Die Windenergie hat ein riesiges Potenzial. Windenergie hatte 2022 mit über 25 Prozent den größten Anteil an der gesamten Stromerzeugung in Deutschland.⁹ Wäre der Zubau von Windenergieanlagen in der Vergangenheit nicht systematisch blockiert worden, könnte Windenergie schon heute annähernd den gesamten Strombedarf decken. Dass jetzt die Förderung der älteren Windenergieanlagen, die noch jahrelang weiterlaufen könnten trotz der sichtbaren dramatischen Auswirkungen der Klimakatastrophe auslaufen soll, wenn die Anlagen älter als 20 Jahre sind, ist ein Ausdruck widerstreitender Interessen innerhalb des ideellen Gesamtkapitalisten beim Versuch, eine Energiewende zu verwirklichen. Die EU-Kommission hat im April 2021 ein Gesetzesvorhaben der deutschen CDU/SPD-Bundesregierung von Ende 2020, die Förderung um mehrere Jahre zu verlängern, abgelehnt, weil damit die Windkraft ihrer Ansicht nach zu stark subventioniert worden wäre.¹⁰ Werden die älteren Windräder abgebaut, gehen möglicherweise sogar die Flächen, auf den sie stehen, für die weitere Nutzung mit Windkraftanlagen verloren, weil sich die Kriterien, welche Flächen genutzt werden dürfen, in der Zwischenzeit geändert haben.

Im kapitalistischen Zentrum EU-Europa und in der BRD ist der motorisierte Individualverkehr eine wesentliche Grundlage kapitalistischer Verwertung. Im Bereich der Mobilität wird daher auf Biegen und Brechen an dem überholten, falschen Konzept des motorisierten Individualverkehrs und der Just-in-Time-Logik des Gütertransports mit LKWs auf der Straße festgehalten, anstatt den Personen- und Güterverkehr umwelt- und klimaverträglich auf der Schiene zu organisieren. Wesentliche Probleme der Mobilität werden nicht gelöst, sondern weit in die Zukunft hinein verlängert. Die Veränderung des Antriebs ändert nichts an den Folgen des Autoverkehrs: Flächenfraß, Versiegelung von Landschaften, Zerstörung von Ökosystemen, Feinstaub durch Reifenabrieb und auch E-Autos verletzen und töten Menschen. Die E-Mobilität mit Autos ist eine technokratische kapitalismuskonforme Scheinlösung. Es ist für das Autokapital profitabler, Autos zu bauen, in denen durchschnittlich nur 1,5 Leute sitzen, als kollektive Mobilität umweltschonend zu organisieren. Immer mehr Straßen werden gebaut und dafür Wälder abgeholzt.

Bei der Frage, womit das Erdöl ersetzt werden kann, in Bereichen, in denen Energie in Form von Strom nicht geeignet ist, sondern eine Verbrennung gebraucht wird, wäre grüner Wasserstoff als klimaneutraler Energieträger eine Alternative. Zurzeit macht grüner Wasserstoff weltweit nur 1 Prozent der insgesamt produzierten Menge aus¹¹, in Deutschland waren es 2020 etwa 5 Prozent.¹² Der überwiegende Anteil des Wasserstoffs wird noch lange aus fossilen Brennstoffen hergestellt werden, wobei große Mengen CO₂ freigesetzt werden. Den größten Anteil hat hier der sogenannte »graue« Wasserstoff aus Erdgas. Hinzu kommt »schwarzer« Wasserstoff aus Steinkohle und »brauner« Wasserstoff aus Braunkohle. Wasserstoff, der mit Hilfe der mörderischen Atomenergie produziert werden könnte, wird als »roter« Wasserstoff bezeichnet. Grüner Wasserstoff ist der einzige ökologische Wasserstoff.

Auch der sogenannte »blaue« Wasserstoff kommt wie der graue, schwarze und braune aus fossilen Brennstoffen. Der Unterschied beim »blauen« Wasserstoff ist, dass hier Verfahren zum Einsatz kommen, bei denen etwa 95 Prozent des CO₂ aufgefangen werden, damit dementsprechend weniger CO₂ in Atmosphäre gelangt.¹³ Hier müssen also weiter fossile Brennstoffe gefördert werden, und ein Teil des CO₂s gelangt in die Atmosphäre. Anschließend müssen riesige Mengen des aufgefangenen CO₂s in großen Lagern sicher aufbewahrt werden, wobei ein Entweichen dieser großen Mengen des Treibhausgases katastrophale und unvorhersehbare Auswirkungen hätte.

Grüner Wasserstoff wird mit Hilfe der erneuerbaren Energien gewonnen. Die für diesen Umstieg benötigte Menge grünen Wasserstoff zu erzeugen ist im nationalen Rahmen unter den heutigen Produktionsbedingungen kaum möglich. Aus den mit der imperialistischen Konkurrenz verbundenen Verteilungskämpfen um die Gebiete, in denen der grüne Wasserstoff besonders profitabel erzeugt werden kann, wird es nicht möglich sein, herauszukommen, solange es den Kapitalismus gibt.

Es gibt kein gemeinsames weltweites Interesse der nationalen Kapitale und ihrer staatlichen Vertreter*innen daran, die Klimakatastrophe abzuwenden oder mindestens zu begrenzen.

Das Dilemma der aktuellen sozialen Bewegung gegen die Klimakatastrophe ist, dass sie keine analytische Durchdringung der ökonomischen Gemengelage der verschiedenen Probleme hat, die die Klimakatastrophe hervorgerufen haben. Ihre Akteur*innen machen daher nur einzelne, unverbundene Vorschläge, bei denen die katastrophalen kapitalistischen Grundstrukturen unverändert bleiben. Die Ursache der Klimakatastrophe, den Kapitalismus mit seinem Zwang zur Konkurrenz, grenzenlosem Wachstum und zur Profitmaximierung zu beseitigen, gehört nicht zu ihren Zielen.

Bei der Wahl der Formen des Widerstands, also bei der Frage, welche Qualität des Widerstands der Situation angemessen ist, spielt es eine entscheidende Rolle die Gesamtzusammenhänge analytisch zu durchdringen. Dann können die Aktivist*innen auch erkennen, wo die Grenzen der Wirksamkeit von Aktionen sind, die mehr oder weniger nur ein Treffen der Aktivist*innen untereinander darstellen. Stattdessen wäre eine dem Ernst der Lage angemessene kluge Militanz nötig, wie sie die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre praktizierte, die allerdings eine Massenbasis bekam und in die organisierte Linksradike ihre Erfahrungen aus der Zeit der außerparlamentarischen Opposition einbrachten.

Falls die Bewegung dennoch stärker werden sollte als im Moment, steht der autoritäre Staat mit dem Polizeistaat auf Abruf schon heute bereit. Die immer größere Vielfalt und Allgegenwärtigkeit repressiver Möglichkeiten, die jederzeit bereits jetzt situativ und gruppenspezifisch angewendet werden können, ermöglicht dem ideellen Gesamtkapitalisten eine immer bessere Verteidigung der herrschenden weiter in die Klimakatastrophe führenden Verhältnisse.

Die einzelnen imperialistischen Staaten und Blöcke unterscheiden sich bei ihrem Regierungshandeln nur in Details bei der Frage, die sich der jeweiligen Bevölkerung bei der Wahl ihrer Formen des Widerstands stellt:

Wie weit darf ich gehen, um nicht völlig von der staatlichen Repression zerstört zu werden?

Die angemessene Wahl der Widerstandsform ergibt sich aus einem dialektischen Verhältnis zwischen subjektiven und objektiven Faktoren und ist abhängig von der jeweiligen historischen Situation. Für die richtigen Entscheidungen müssen die Wechselwirkungen zwischen

der Stärke der sozialen Bewegung und der Festigkeit der zu bekämpfenden materiellen Gewalt der Gegenseite analysiert werden. Dazu gehört auch, den potenziellen Rückhalt bzw. die potenzielle Unterstützung, die die Bewegung in der Bevölkerung hat, richtig einzuschätzen.

Schneller denn je sind Aktivist*innen auch in den Staaten mit rechtsstaatlichem Selbstverständnis dem Vorwurf ausgesetzt, Terrorist*innen zu sein. Die (ersten) harmlosen Festklebeaktionen von Klimaaktivist*innen führten in Deutschland sofort zum lautstarken Ruf nach noch härteren Strafen für Aktionen des zivilen Ungehorsams. Dies entfaltet eine Wirkung über die spezielle Aktionsform hinaus und beeinflusst die Entscheidungen der Einzelnen darüber, überhaupt aktiv zu bleiben und die Einschätzung, die Repression aushalten zu können, wenn sie eine*n trifft. In den für sich selbst riskanten Anklebeaktionen sehen Klimaaktivist*innen die letzte Chance, noch etwas gegen die Klimakatastrophe bewirken zu können. Sie haben eine Fehleinschätzung der Wirkungskraft der Aktionen, die als Angriff auf die Bevölkerung gedeutet werden können. Gleichzeitig überschätzen sie die potenzielle Mobilisierungskraft ihrer Aktionen für Menschen, die sich ihnen anschließen sollen.

Das einzige noch wirksame Mittel gegen die Klimakatastrophe ist, der weltweiten Kapitalverwertung den Garaus zu machen, die Zerstörungsmaschine Kapitalismus selbst zu zerstören und mit ihr Mehrwertproduktion, Profit, Wettbewerb, Wachstumszwang, Überproduktion.

Insgesamt sind die Aussichten für emanzipatorische Kämpfe in einer erfolgsversprechenden Dimension so düster wie selten. Was bleibt ist die Möglichkeit, mit unermüdlichem Kampf die Aufklärung über die für Mensch und Natur zerstörerische kapitalistische Produktionsweise fortzuführen und da in die Kämpfe sozialer Bewegungen zu intervenieren, auch in Notwehrkämpfe, wo die Widersprüche sichtbar aufbrechen, und damit Anknüpfungspunkte für antikapitalistische Theorie und Praxis bieten.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 3./4. Dezember 2022 in Köln**